

31.3.2023 - [Redaktionsmeldungen](#)

Ampel-Politik, In-vitro-Fertilisation in Israel, Verantwortungsgemeinschaft, Frauenhäuser, Scheidung in Spanien

Die FamRZ verfolgt für Sie die Berichterstattung in den Medien zu aktuellen familienrechtlichen Themen. Einmal monatlich veröffentlichen wir auf famrz.de einen Überblick über die interessantesten Artikel – zum Weiterlesen, Diskutieren oder Wundern.

[Aufbruch? Machen wir später](#)

Süddeutsche Zeitung | *Constanze von Bullion*

Die Ampel hat viel gesellschaftspolitischen [Aufbruch versprochen](#): Sie will das [Namensrecht modernisieren](#), das [Unterhaltsrecht](#) reformieren, ein [Selbstbestimmungsgesetz](#) vorlegen. Doch bei allen Versprechen heißt es: warten.

[Assuta embryo case: Hospital mismanaged IVF unit, put money first](#)

The Jerusalem Post | *Judy Siegel-Itzkovich*

Das Neueste aus Israel: Im Rahmen einer In-vitro-Fertilisation (IVF) wurde ein Embryo nicht in die biologische Mutter sondern in eine andere Frau eingesetzt. Ein Untersuchungsausschuss des Gesundheitsministeriums rügt nun auch das Ministerium selbst für die mangelhafte Überwachung der IVF im Land.

[Floppt die Wahlverwandtschaft?](#)

Die Zeit | *Lisa Caspari*

Die Autorin skizziert kurz das Vorhaben "Verantwortungsgemeinschaft": Die Ampel wolle Menschen absichern, die das Bett nicht teilen, manchmal noch nicht mal die Wohnung. "Ausdrücklich gewünscht ist dabei auch, dass auch mehrere Freunde eine solche Gemeinschaft bilden können." Ob überhaupt Bedarf für solch ein Rechtsinstitut besteht, ist allerdings nicht klar, so *Caspari*.

[Wie ernst die Lage in den Frauenhäusern ist](#)

Correctiv | *Nina Bender, Max Donheiser, Miriam Lenz, Chiara Swenson*

Die meisten Frauenhäuser waren im Jahr 2022 regelmäßig voll belegt. Eine Datenauswertung von CORRECTIV.Lokal zeigt, wie schwer es für gewaltbetroffene Frauen ist, einen freien Platz zu finden.

[Spanier muss Ex-Frau für Hausarbeit rund 200.000 Euro zahlen](#)

Münchener Merkur | dpa

Ein Spanier muss seiner Ex-Frau 204.000 Euro Entschädigung für 25 Jahre Hausarbeit zahlen. Es ist das erste Urteil dieser Art in Spanien.